

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

LAG Werkstattträte und Frauenbeauftragte

Datum: 06.07.2026

Wollen Sie erreichen, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gleichberechtigt am Bildungssystem teilhaben können und inklusive Bildung in Sachsen-Anhalt gestärkt wird? Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen?

Als SPD verstehen wir uns als die Inklusionspartei. Die UN-BRK ist Richtschnur unseres Handelns und sie verpflichtet zu Selbstbestimmung und Teilhabe. Menschen mit Behinderungen sind Bürgerinnen und Bürger mit gleichen Rechten. Ihre Perspektiven müssen auf allen Ebenen von Anfang an mitgedacht werden. Leider geschieht das nicht immer. Das wollen wir ändern! Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt auf allen gesellschaftlichen Ebenen lernen, leben, arbeiten und teilhaben können.

Wir sind der Auffassung, dass jedes Kind und jeder Jugendlicher – egal ob mit Förderbedarf oder nicht – die beste Schulbildung verdient. Wir stehen für ein inklusives Bildungssystem und das bereits vor der Einschulung. Das Land ist nach Artikel 24 der UN BRK verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dem wird die aktuelle Bildungspolitik aber nicht gerecht. Wir beobachten, dass bereits Erreichtes rückgängig gemacht wird.

Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Förderbedarf bereits vor der Einschulung eine unabhängige Beratung über die Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts erhalten. Ziel ist es, mehr gemeinsames Lernen zu ermöglichen und nicht zu verhindern.

Welche Zukunft sehen Sie für Förderschulen und wollen Sie das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen fördern? Wenn ja, wie?

Ziel ist Bildung für alle. Als SPD setzen wir uns weiterhin für ein inklusives Schulsystem ein, wo alle Kinder entsprechend ihren Bedürfnissen lernen und gefördert werden. Wir wollen das Gemeinsame Lernen durch zusätzliche Lehrerstunden, Förderpädagogik, Assistenz und Beratung stärken. Wir wollen, dass Plätze für junge Menschen im Gemeinsamen Unterricht doppelt gezählt werden. Wir wollen, dass die Kooperationsklassen für das Erreichen des Ersten Schulabschlusses ausgebaut werden. Denn ein Schulabschluss eröffnet die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass Kinder die Schule ohne einen richtigen Abschluss verlassen.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Es ist oft eine Vorstellung von Bildung anzutreffen, die meint, dass inklusives Lernen allein an Förderschulen umgesetzt werden kann. Wir sind aber der Auffassung, dass Kinder mit Förderbedarfen ihr Recht auf Bildung an allen Schulformen wahrnehmen sollen. Wir wollen Förderschulen dort erhalten, wo sie besonderen Bedarfen gerecht werden und sie sollen Ganztagsangebote anbieten. Für Jugendliche mit Behinderungen über 14 Jahren soll es einen Betreuungsanspruch geben. Eine Einschulung mit dem Förderschwerpunkt Lernen lehnen wir ab. Kinder brauchen Chancen auf Bildung und entsprechende Förderung.

Was wollen Sie tun, damit Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, eine bessere finanzielle Absicherung und eine gerechtere Bezahlung erhalten?

Das aktuelle Entgeltsystem in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) steht schon länger in der Kritik. Es wird diskutiert, dass die Bezahlung für die Arbeit in den Werkstätten sehr deutlich unter dem derzeitigen Mindestlohn liegt. Damit kann kein eigenständiger Lebensunterhalt bestritten werden und die Menschen sind weiter auf zusätzliche Leistungen angewiesen. Ein weiterer Punkt ist die sehr geringe Vermittlungsquote auf den allgemeinen ersten Arbeitsmarkt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den Möglichkeiten auseinandersetzt, um das Entgeltsystem in den Werkstätten transparenter, nachhaltiger und zukunftsfähiger zu machen. Es wurde auch untersucht wie der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden kann. Die Studie kann hier angesehen werden: [Studie zu einem transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Abschlussbericht - BMAS](#)

Im Koalitionsvertrag im Bund wurde unter CDU/CSU und SPD vereinbart, dass „Wir wollen das Werkstattentgelt verbessern.“ (S. 21) Es liegen verschiedene Ideen und Reformvorschläge auf dem Tisch. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Reform zügig umgesetzt wird. Gern wollen wir sie als Experten in eigener Sache dabei miteinbinden und ihre Ideen und Vorschläge hören. Gern laden wir bei unserer nächsten Werkstattträtekonzferenz 2027 zu diesem Thema ein.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wie wollen Sie erreichen, dass mehr Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können und die notwendigen Unterstützungsangebote erhalten?

Wir sind der Auffassung, dass viel zu viele Menschen in Werkstätten arbeiten, obwohl sie und ihre Kompetenzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gebraucht werden. Viele Menschen mit Behinderungen sind gut ausgebildet, stoßen aber auf dem ersten Arbeitsmarkt auf Barrieren und sind leider viel öfter arbeitslos. Die von der Landesregierung beauftragte „Studie zur Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt“ zeigt, dass es häufig nicht an der Qualifikation der Menschen scheitert, sondern an den Barrieren in den Köpfen. Wir wollen die Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt rechtlich und organisatorisch erleichtern. Dazu gehört die Öffnung des Budgets für Arbeit für die öffentliche Verwaltung und die Erweiterung durch Sammelbudgets oder Pooling-Lösungen für Arbeitgeber. Wir wollen zudem Partnerschaften zwischen Unternehmen und Werkstätten als Brücken zwischen BewerberInnen und potenziellen Arbeitgebern stärker fördern. Denn oftmals ist es der persönliche Kontakt, der dann zu einer Einstellung führt. Die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) sollen bestehen bleiben, denn sie informieren, beraten und unterstützen und fungieren als trägerunabhängige Lotsen bei Fragen zu Ausbildung, Einstellung, Berufsbegleitung, Beschäftigungssicherung und bei der Antragstellung. Die Möglichkeiten des Budgets für Ausbildung sind noch zu wenig bekannt. Es soll zukünftig in leichter Sprache erscheinen, einfacher strukturiert sowie stärker verbreitet werden.

Wie wollen Sie die Arbeit von Werkstatträten, Frauenbeauftragten und anderen Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen stärken und dauerhaft unterstützen?

Die Mitwirkung der Menschen mit Behinderungen in den Werkstatträten oder als Frauenbeauftragte ist gesetzlich in der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) festgelegt. Werkstatträte wirken bei Fragen der Arbeitszeit, Urlaub oder Verpflegung mit und sie haben das Recht auf Schulung und personelle Unterstützung. Jede Werkstatt muss eine Frauenbeauftragte haben, die die Interessen der Frauen vertritt. Sie setzt sich für die Gleichstellung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung und den Schutz vor körperlicher, sexueller und psychischer Belästigung oder Gewalt ein.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Auf unserer diesjährigen Werkstattträtekonzferenz haben wir erfahren, dass es noch Informationen zur verpflichtenden Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies in allen Werkstätten verpflichtend wird.

Der Landesbehindertenbeirat berät die Landesregierung unabhängig und überparteilich in allen Angelegenheiten, die für die Menschen mit Behinderungen von Bedeutung sind.

Wir haben in unserem Wahlprogramm beschlossen, dass wir die personelle Ausstattung des Landesbeauftragten Dr. Walbrach verbessern wollen. Wir wollen seinem Amt mehr politisches Gewicht verleihen. Wir setzen uns für ein regelmäßig tagendes Behindertenparlament ein.

Wir wollen ein Büro für Leichte Sprache in dem für Inklusion zuständigen Ministerium etablieren, das als Service für die gesamte Landesregierung /Landesverwaltung zur Verfügung steht.

Welche Maßnahmen planen Sie, um Frauen und Mädchen mit Behinderungen besser vor Gewalt zu schützen und die Vorgaben der Istanbul-Konvention in Sachsen-Anhalt umzusetzen?

Es ist durch Studien belegt, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen deutlich häufiger von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt betroffen sind. Leider stoßen sie im Hilfesystem, d.h. meist in den Frauenhäusern auf Barrieren. Diese wollen wir gezielt abbauen und in die Sanierung und Sicherheit der Häuser investieren. Damit haben wir in dieser Wahlperiode bereits begonnen und 12 Häuser sind bereits barrierefrei. Zudem stehen Gebärdendolmetscher und Übersetzer:innen im Fall der Fälle bereit. Zudem muss die Perspektive von Frauen und Mädchen mit Behinderungen für das Hilfesystem stärker berücksichtigt werden, da sie spezifische Bedürfnisse haben. Das hat das aktuelle Forschungsprojekt WEMO bereits aufgenommen.

Die Istanbul-Konvention zum Schutz vor Gewalt muss in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden. Das wird mit einer ressortübergreifenden Strategie bereits getan. Die Werkstätten sind verpflichtet, ein eigenes Gewaltschutzkonzept vorzuhalten und Ansprechpersonen, die vertraulich Vorfälle aufnehmen und melden. Aus der Anhörung im Sozialausschuss und der Debatte im Landtag nehmen wir die Anregung auf, die bereits bestehenden Maßnahmen aufeinander abzustimmen, zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Das Gewalthilfegesetz des Bundes sieht vor, dass die Bedarfs- und Entwicklungsplanung für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderungen und ihre individuelle Unterstützung besonders in den Blick genommen werden muss. Das werden wir tun.

Wie wollen Sie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessern?

Uns liegt die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen am Herzen. Die Landesregierung hat den Landesaktionsplan Sachsen-Anhalt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention "einfach-machen. Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft" 2.0 im Mai 2021 beschlossen. Das war die erste Fortschreibung des Landesaktionsplans. Er ist in zwölf Lebensbereiche gegliedert und umfasst fast 100 Maßnahmen.

Der 2021 verabschiedete Landesaktionsplan steckt die Ziele für die kommenden zehn Jahre ab. Dies bedeutet, dass derzeit die Umsetzung der Ziele erfolgt und erst in den kommenden Jahren über eine weitere Fortschreibung entschieden wird. Wenn es soweit sein sollte, werden wir uns mit aller Fachkompetenz und Engagement daran beteiligen und alle Menschen mit Behinderungen einladen daran mitzuwirken. Wir wollen alle Menschen mit Behinderungen einladen, in den Gremien mitzuwirken und sich für ihre Rechte einzusetzen. Unsere jährlich stattfindende Werkstattträtekonzferenz zeigt, dass es ein bisschen Zeit und Übung braucht, aber das Engagement sehr geschätzt wird. In unserer Gesellschaft brauchen wir alle Perspektiven.

Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Ehrenamt betrifft alle Menschen. Als SPD haben wir uns für sehr viele Maßnahmen eingesetzt, um die Vereinbarkeit zu verbessern, u.a. ein flächendeckende Kinderbetreuung, Zeit um Angehörige zu pflegen, Ausbau der Nachbarschaftshilfe, um bei der Betreuung zu helfen, Projekte für Pflege im Quartier, flexible Arbeitszeiten und Teilzeitmöglichkeiten und mobiles Arbeiten, wenn möglich. Es kommt immer auf die individuelle Situation an, um den richtigen Weg zu finden.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, damit Menschen mit Behinderungen in Sachsen-Anhalt in allen Lebensbereichen barrierefrei und selbstbestimmt teilhaben können?

Barrierefreiheit kommt allen Menschen, egal ob mit einer Behinderung oder ohne, zugute. Denn viele Menschen sind mit einem Kinderwagen oder auch ältere Personen mit einem Rollator unterwegs. Leider gibt es bisher kein Gesetz, dass alle verpflichtet, ihre Gebäude barrierefrei anzubieten. Viele – wie Verkehrsbetriebe, öffentliche Einrichtungen oder auch kommerzielle Anbieter - tun es bereits, einige noch nicht. Hier gibt es noch eine Menge zu tun, da viele Menschen noch auf Barrieren stoßen.

Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt unterstützt öffentliche Stellen bei der Umsetzung von Barrierefreiheit. Mit ihren Leistungen will die Landesfachstelle dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt mehr und mehr barrierefrei wird.